Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

(OPPOSITION)

10 Nummern S 1·50 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr 119471

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen | September 1932 | 6. Jahrgang, Nr. 109

Erzwingt die Einheitsfront von KP, SP, Gewerkschaften!

Die ausschlaggebenden Schichten der deutschen Bourgeoisie, Großbanken, Schwerindustrie, Junker, Generäle, Bureaukratie haben sich einstweilen für den bonapartistischen Weg entschieden. Sie wollen die Krise überwinden, sie wollen den deutschen Kapitalismus sanieren — versteht sich auf Kosten der Arbeiter — mittels der

Militär- und Polizeidiktatur

Den Reichstag auflösen, das Wahlrecht mittels Notverordnung ändern, das Wahlalter hinaufsetzen, das Verhältniswahlrecht abschaffen, ein Oberhaus einführen und über einen Volksentscheid nach altbonapartistischem Muster oder eine «Nationalversammlung» der Restauration der Hohenzollernmonarchie zum Durchbruch zu verhelfen, das ist ihre nächste Etappe.

Die Massenbasis sucht sich der deutsche Bonapartismus zu schaffen durch eine kombiniert gestaffelte Ausnützung des Nationalismus und der Sozialdemokratie.

Schleicher und Hitler

ringen um die Führung. Die alten herrschenden Schichten denken nicht daran, sich Hitlers Führung zu unterstellen, sie wollen ihn als das verwenden, was er ja wirklich ist, als blutigen faschistischen Lakai der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Mit der Massage von Beuthen suchen sie ihm die großen Rosinen auszutreiben, ihn gefügig zu machen zu der von ihnen zugedachten Rolle, wofür sie ihn — unter ihrer Oberleitung — mit der Führung in Preußen entschädigen wollen.

Hindenburg-Schleicher wollen die Versklavung der deutschen Arbeiter verwirklichen, womöglich ohne Bürgerkrieg. Darum wollen sie die Sozialdemokratie nicht wegrasieren, sondern sie als Reservelakai eingliedern, der insbesondere herangezogen werden soll, bis im kommenden Winter die alles übersteigende Verschärfung der Wirtschaftskrise die Wut der Massen aufs höchste peitscht.

Den kommenden Winter im Auge, Illusionen in den Massen zu erwecken, Zeit zu gewinnen, das bonapartistische System zu unterminieren, dem dient

Papens Wirtschaftsprogramm.

Unter der Vorspiegelung einer «Arbeitsbeschaffung» soll da mittels staatskapitalistischer Methoden die «Wirtschaft» angekurbelt, das heißt der Bourgeoisie auf Kosten der Arbeiter über die Krise geholfen werden. Durch Riesenraub an den Löhnen den Großkapitalisten die Säcke füllen, durch Vorschwindelung einer «Arbeitsbeschaffung» die Arbeitslosen gegen die zu Hungerlöhnen Beschäftigten ausspielen und zum Vorspann zu machen für den großkapitalistischen Gaunerfeldzug, das ist der wahre Inhalt des «Wirtschaftsprogramms» der deutschen Bonapartisten.

Daß Hitler die Riesenmaulwechsel, die er ausgestellt, nicht einlöst, ruft vielfach Rebellion hervor in der SA und führt zur Unzufriedenheit in den großen Massen seiner Gefolgschaft. Das jedoch als Zersetzung des Faschismus auszuposaunen, wie das die Sozialdemokratie tut und leider auch der Stalinismus, ist falsch und gefährlich. Zweifellos hat eine Krise in der NSDAP begonnen, aber es ist vorläufig eine Krise der Hitler und Co., nicht aber eine Krise des Faschismus. Daß Schleicher sich einstweilen gegen Hitler behauptet, ist eine Niederlage Hitlers, was aber keineswegs besagt, daß die Bourgeoisie nicht — mit oder ohne Hitler — vom Bonapartismus zum Faschismus übergehen wird. Wir haben schon letzthin bewiesen, daß die deutsche Bourgeoisie vom Bonapartismus zum Faschismus übergehen wird, übergehen wird müssen, weil die grundlegende kapitalistische Aufgabe, vor der sie steht — Ueberwindung der Krise auf Kosten der Arbeiter — bei den Kräfteverhältnissen in Deutschland mit bonapartistischer Methode nicht zu bewältigen ist, sondern nur mit faschistischer und auch dies nur unter der Grundbedingung, daß die Klassenkraft der Arbeiter durch sozialdemokratischen Verrat und stalinschen Bankrott weiterhin gelähmt wird.

Die Verhandlungen zwischen **Nazis und Zentrum** werden am Gang der Dinge nicht viel ändern. Die Nazis wollen und müssen kraft ihrer faschistischen Grundeinstellung die vollkommene Zerschmetterung der Sozialdemokratie. Das Zentrum aber, das der Arbeiterklasse die Haut vom Leibe in demokratischer Weise schinden will, will und muß wollen die Erhaltung der Sozialdemokratie, weil die Bourgeoisie die demokratische Hautschinderei an der Arbeiterklasse nur mit Hilfe des sozialdemokratischen Lakaien durchführen kann.

Wer die **Sozialdemokratie** nach dem beurteilt, was sie redet und schreibt, der verfällt der größten Täuschung. Man muß sie beurteilen, was sie tut und nicht tut. Zunächst einmal sucht sie in der Arbeiterschaft die Illusion zu erwecken, es bedürfe keines Kampfes, Militärdiktatur und Faschismus würden sich gegenseitig auffressen, jetzt müsse man mit Schleicher gegen Hitler kämpfen, das übrige werde die Zersetzung besorgen — der sozialdemokratische «Abend» vom 28. August schreibt: «Nazifront in Auflösung, wenige Tage noch und das Debakel wird sich einstellen . . .» — und so werde es möglich sein, «den Entscheidungskampf zwischen Arbeiterklasse und Faschismus mit demokratischen Mitteln auszutragen»! . . . Die «Arbeiter-Zeitung» (28. August) empfiehlt Bebels Taktik von anno dazumal. Allein als vor langen Jahrzehnten der Kampf zwischen Konservativen (Bismarck) und den Liberalen tobte, damals betrat die deutsche Sozialdemokratie eben erst aus ihrer Wiege heraus das Schlachtfeld des Klassenkampfes, damals mußte sie die Taktik des Schwachen üben, weil sie schwach war. Heute aber hat die deutsche Sozialdemokratie acht Millionen Arbeiter hinter sich, insbesondere die Kraft der deutschen Gewerkschaften. Eine solche riesige Massenkraft, wie es die deutsche Sozialdemokratie heute ist, da jede Minute des Zuwartens die Lage immer weiter zum Nachteil der Arbeiterklasse verschiebt, muß aktiv eingreifen, muß handeln, muß vor allem außerparlamentarisch handeln, und wenn sie das nicht tut, so übt sie Verrat, blutigen Verrat, der die Opfer des Proletariats ins Ungemessene steigert. In der Tat, diesen

Verrat des Nichthandelns

begeht die Sozialdemokratie.

Sie sucht das zu maskieren mit dem Theater der drei Pfeile. Mit dem Wechsel der Großform und anderem Firlefanz markiert sie Kampfwillen. Demselben Zweck dient ihr «Großes Aufbauprogramm». Da wird die Sozialisierung des Bergbaues, der Metallindustrie, der chemischen Industrie, der Großbanken, die Enteignung des Großgrundbesitzes verlangt. Verlangt — von der Papenregierung. Ihr sozialdemokratischen Helden, Ihr wart doch jahrelang in der Regierung, warum habt Ihr da nichts von eurem «Aufbauprogramm», von eurer «Sozialisierung», von eurer «Enteignung des Großgrundbesitzes» durchgeführt? Solange Ihr in der Regierung wart, nanntet Ihr die Kommunisten, die diese Kampflosungen gaben, Demagogen —, jetzt, da euch eure kapitalistischen Herren den Laufpaß gegeben haben, jetzt kommt Ihr sozialdemokratischen Lakaien und schreit «aus der Opposition» heraus nach «Sozialisierung»: welch schamloser Betrug!

Auch der

Stalinismus

hat seine Schlagworte und Symbole gewechselt, um einen Wechsel seiner Politik vorzuschwindeln. Die «rote» Einheitsfront heißt jetzt «antifaschistische» Einheitsfront oder gar nur Einheitsfront. Die Worte wurden gewechselt, geblieben ist die Linie, die alte «Grundlinie», die **Linie des stalinschen Generalbankrotts.** Da und dort macht die Stalinbureaukratie einen guten Schachzug durch Wendung in den Fragen zweiten Ranges. Aber das für sich allein kann nichts ändern. Die leninsche Einheitsfronttaktik wird von den Stalin und Co. weiter sabotiert. Die Wendung zu ihr setzt voraus das offene Eingeständnis, daß all die stalinschen Schlager, die dritte Periode, der Sozialfaschismus die Sozialdemokratie als Hauptfeind, die Volksrevolution, das Programm der nationalen und sozialen Befreiung, die RGO-Politik usw. grundfalsch waren, grundfalsch sind. Das offen zuzugeben, hieße der Partei helfen, die richtige, die leninsche Linie zu finden, zu betreten. Allein dieses offene Geständnis hieße zugleich sich selbst als stalinsche Führung aufgeben. So sehr die kommunistischen Arbeiter in den langen Jahren alles mögliche geduldet haben, jetzt aus dem Munde der Stalinbureaukratie zu hören, all dies sei grundfalsch, was sie ihnen durch Jahre als das Allerheiligste gepredigt, um dessentwillen zehntausende der besten Kämpfer aus den Kommunistischen Parteien gejagt wurden: mit nassen Fetzen würden die kommunistischen Arbeiter die Stalinbureaukraten mit ihrem Herrn und Meister, dem Scharlatan Stalin, davonjagen, das weiß die Stalinclique. Vor diese Alternative gezwängt, stellt sie bedenkenlos ihr Interesse vor das Interesse der Partei und damit vor das Interesse der Arbeiterklasse. Sie macht nicht das, was die Arbeiterklasse, was die Partei unumgänglich braucht, sondern sie macht alles — mag es noch so falsch sein —, um sich weiter an der Spitze zu halten. So kann sich's die Sozialdemokratie, ohne etwas zu riskieren, erlauben den Massen von «Einheit, Einheitsfront» mit dem Maul vorzuschwindeln und praktisch — mit dem Zentrum zusammenzugehen und selbst mit Schleicher durch Leipart, den Vorsitzenden des ADGB, über eine Form der Zusammenarbeit zwischen Bonapartismus und Sozialdemokratie insgeheim zu verhandeln.

Wie rasch würde sich das ändern, wenn die

Kommunistische Partei

die Initiative ergriffe zur **Einheitsfront von KPD, SPD, ADGB!** Bei richtiger Ausnützung dieser leninschen Einheitsfront würde die SPD rasch gezwungen werden, die Einheitsfront zu schließen. Die Einheitsfront, einmal erstanden und im Gang, würde das Selbstvertrauen, die Kampfkraft der Arbeiterklasse sprunghaft steigern. Mehr noch.

Wodurch hat der Nationalsozialismus die 13-Millionen-Gefolgschaft verzweifelter kleinbürgerlicher und kleinbäuerlicher Elemente gewonnen? Durch die Krise? Keineswegs! Sondern erstens, weil die Sozialdemokratie irgend etwas, was man ernsten Kampf gegen die Krise zugunsten der Massen nennen könnte, überhaupt nicht geführt hat! Zweitens, weil der Stalinismus zwar fleißig hyperradikale Phrasen gedroschen hat, aber mit all dem nicht imstande war, die Arbeitermassen von der SP zur KP überzuleiten und infolgedessen auch nicht imstande war, einen wirksamen Kampf der Massen gegen die Krise in Schwung zu setzen. Durch den Verrat der Sozialdemokratie, durch den Bankrott des Stalinismus vollkommen enttäuscht, sahen und sehen die Millionen der durch den Kapitalismus zugrunde gerichteten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Elemente in ihrer Verzweiflung keinen anderen Weg, als sich dem Nationalsozialismus an den Hals zu werfen, den sie noch nicht kennen. Schafft die Einheitsfront der 14 Millionen deutschen Arbeiter, schafft die Einheitsfront der KPD, SPD, ADGB, wodurch allein jetzt in Deutschland in kürzester Zeit die proletarische Einheitsfront möglich ist, und im Nu beginnt in der 14-Millionenmasse der Kleinbürger, Kleinbauern, die dem Nationalsozialismus folgen, die Umgruppierung: 14 Millionen deutscher Arbeiter in einer Front, diese ganze in den Städten zusammengeballte proletarische Masse, die nach wie vor der entscheidende Produktionsfaktor ist, welch gigantische Kraft, die kann mit dem proletarischen auch unser kleinbürgerliches, kleinbäuerliches Schicksal wenden! Nicht nur die proletarischen Elemente, die noch dem Faschismus nachlaufen, sondern auch ein, zwei, drei Millionen der kleinbürgerlichen Gefolgschaft des Faschismus würden sofort hoffnungsvoll ihre Augen auf die

proletarische Kampfeinheitsfront richten und sich im Verlaufe der ersten proletarischen Massenkampfaktionen der proletarischen Einheitsfront zu nähern beginnen. Mehr noch, mindestens zwei bis drei weitere Millionen der kleinbürgerlichen Gefolgschaft des Faschismus würden so neutralisiert werden: bei diesem Stande der Dinge ist der Ausgang ganz ungewiß, wir gehen mit dem Sieger, also warten wir zu, würden sich viele Millionen dieser Kleinbürger und Kleinbauern denken.

Schafft die proletarische Einheitsfront und im Handumdrehen verliert der Faschismus die Hälfte seiner Massengefolgschaft, eine Gefolgschaft, die sich sofort zum Teil in eine direkte, zum Teil in eine potenzielle Reserve der Arbeiterklasse verwandelt. Das ganze Kräfteverhältnis der Klassen würde mit einem Ruck zugunsten der Arbeiterklasse verschoben durch die Schaffung der proletarischen Kampfeinheitsfront, durch den Kampf der proletarischen Einheitsfront! Und eben deshalb muß sie geschaffen werden! Sie ist die einzige Rettung vor dem Untergang in die Barbarei, sie ist der einzige Weg zum Sieg!

Arbeiter! Kommunisten! Um euch geht es, um eure Freiheit, um euer Leben! Jede Minute, die der sozialdemokratische Verrat, die die stalinsche Bankrottpolitik weiter dauert, kostet heute hunderten, wird morgen tausenden, übermorgen zehntausenden und hunderttausenden Arbeitern das Leben kosten! Wartet nicht, laßt euch nicht weiter durch die sozialdemokratische Schaumschlägereien betrügen, laßt euch nicht weiter durch den stalinschen Scheinradikalismus irreführen, sondern handelt: **Erzwingt die proletarische Einheitsfront durch Einheitsfront von KP, SP, Gewerkschaften zur Niederwerfung des Bonapartismus und des Faschismus!**

„Alles für die Arbeitslosen!"

Die Rauboffensive der Bourgeoisie rollt ungeschwächt, ja verstärkt fort. Warenumsatzsteuer, Zoll auf Kaffee und Tee, Frachtaufschlag auf Zucker, Portoerhöhung usw., all das pflanzt sich jetzt als **Teuerungswelle** fort bis in den letzten Arbeiterhaushalt, auch in den Haushalt der Arbeitslosen und selbst in den «Haushalt» der Ausgesteuerten. Mit kleinen Löffeln schiebt man ihnen Brosamen hin, besser gesagt Brosamenversprechungen, mit großen Löffeln raubt man ihnen zugleich das Dreifache aus den Taschen. Das nennt die Bourgeoisie «Hilfe» für die Arbeitslosen und Ausgesteuerten und das nennt die Sozialdemokratie «Alles für die Arbeitslosen!». Gewiß, sie hat Anträge im Parlament gestellt, daß auch die Bourgeoisie in Form einer Erhöhung der Steuer auf größere Einkommen und Vermögen beisteuere. Doch was hat die große Sozialdemokratie außer schönen Reden praktisch getan, um diese Anträge durchzudrücken? Warum hat sie nicht die großen Massen mobilisiert, um durch gewaltige Demonstrationen außerhalb des Parlaments herbeizuführen, daß den Arbeitslosen wirklich geholfen werde, geholfen werde auf Kosten derer, die wirklich etwas haben, auf Kosten der Bourgeoisie?- Nichts, gar nichts! Sie hat Anträge gestellt, sie hat schöne Reden gehalten, das war alles Augenauswischerei. Die Sozialdemokratie schreit: «Schuld ist die Bourgeoisie, schuld ist die Regierung!» Gewiß, die Bourgeoisie und deren Exekutivorgan, die kapitalistische Regierung, plündern die Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie vertritt eben ihre eigenen Interessen, auch wenn sie schwindlerisch vom «Volksinteresse» spricht. Die kapitalistische Regierung hat die Bourgeoisie nicht eingesetzt, daß sie die Interessen der Arbeiter, sondern daß sie die Interessen der Kapitalisten vertrete. Die Arbeiter aber haben die Sozialdemokratie aufgebaut, damit die Sozialdemokratie sie gegen die Raubangriffe der Bourgeoisie und deren Regierung schütze. Das Schuldgeschrei der Sozialdemokratie tut den Kapitalisten nicht weh, es soll nur die Arbeiter irreführen. Schuld vor der Arbeiterklasse ist und bleibt die Sozialdemokratie, die gegen die Bourgeoisie in Wirklichkeit nicht kämpft, sondern mit ihr zusammenarbeitet.

Blicken wir nach **Viktring** in Kärnten. Arbeiter werden von Hakenkreuzlern mit Waffen überfallen und blutig zugerichtet. Gendarmen verhaften die — überfallenen Arbeiter, überlassen deren Eskortierung den Hakenkreuzlern und sehen ohne einen Finger zu rühren zu, wie die eskortierten Arbeiter von den Hakenkreuzlern fast zu Tode geschlagen werden. Das ist aber noch nicht alles. Nehmt die «Arbeiter-Zeitung» vom 19. August zur Hand, dort könnt Ihr auf Seite 4 lesen, daß in der Landesregierung Kärntens jetzt die Sozialdemokratie die Mehrheit hat. Und in diesem Kärnten, wo die SP jetzt die Mehrheit in der Landesregierung hat, kann so an Arbeitern gehandelt werden von Hakenkreuzlern in Gegenwart von Gendarmen!

Die Bourgeoisie setzt die Offensive auf die Hungerlöhne fort. Die Arbeiter wehren sich, siehe die Färber, siehe die Maler und Anstreicher. Die Streikbrecher genießen höchsten Schutz, die Streikposten werden mit allen Mitteln bekämpft. Als die Sozialdemokratie, als die von ihr geführten Gewerkschaften ein Zehntel dessen waren, was sie heute sind, da haben sie ganz anders eingegriffen als heute. Die Sozialdemokratie redet sich auf die Krise aus Aber die Tatsachen strafen sie Lüge. Ueberall, in allen Ländern beginnen sich die Arbeiter zur Wehr zu setzen trotz der Krise und gerade, um zu verhindern, daß auf dem Rücken der Arbeiter die Krise gelöst werden soll. Ueberall sind die Arbeiter auf sich selbst angewiesen, die Sozialdemokratie gackert herum, sucht den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, drückt sich vom Kampf und sabotiert ihn nach allen Regeln sozialdemokratischer Kunst, sobald er ausgebrochen. Es kann nicht anders sein. Die ganze Politik der Sozialdemokratie in Oesterreich und überall ist eine **Zusammenarbeit mit den Unternehmern**, mit der Bourgeoisie unter allen möglichen Formen. Kann eine Partei, deren Grundlinie die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ist, können Gewerkschaften, die auf der Linie der Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse geführt werden, ernstlich gegen die Unternehmer kämpfen? Es ist klar, daß eines dem anderen widerspricht. Hier liegt die Grundwurzel, die die Kampfkraft der streikenden Färber, Maler, Anstreicher, aller kämpfenden Arbeiter, der Arbeiterklasse überhaupt lähmt. Nur die unsinnige stalinsche Politik der KP, die RGO-Politik insbesondere, erlaubt es der Sozialdemokratie, ohne etwas zu riskieren, ihr verräterisches Verhalten fortzusetzen. Der Ruf der Stalinbureaukratie nach der Arbeit der revolutionären Arbeiter an der innergewerkschaftlichen Front bleibt ein hohler Schrei, solange er begleitet ist von der Grundeinstellung «Stärkt die RGO!», das heißt, arbeitet hin auf selbständige «rote» Verbände, auf Spaltung der Gewerkschaften.

Auch in Oesterreich **vollzieht sich eine Umgruppierung der Bourgeoisie.** Aber das eine «Zersetzung der politischen Front der österreichischen Bourgeoisie» zu nennen, wie das die SP tut, ist falsch und gefährlich. Die bisherige Form der politischen Front der österreichischen Bourgeoisie zersetzt sich, das ja. Die Front selbst aber steht, sie gruppiert sich um, nimmt eine andere Form an, eine viel gefährlichere Form. An die Stelle der Orientierung der Bourgeoisie auf den Heimwehrfaschismus, der vermöge seines aristokratischen Charakters keine Massen hinter sich sammeln konnte, tritt der **Nazifaschismus**, der in Deutschland Millionenmassen um sich gesammelt und auch in Oesterreich Massen um sich zu sammeln beginnt, wenn auch infolge der österreichischen Verhältnisse in langsamerem Tempo. Die SP rechnet gegenüber den Nazis auf die Christlichsozialen. Gewiß bestehen da Differenzen, aber gegenüber der Arbeiterklasse wollen sie dasselbe, darum ist die Rechnung auf **die Christlichsozialen genau so falsch,** wie die Rechnung der SPD auf das Zentrum.

Die Arbeiterschaft findet an der Sozialdemokratie keinen realen Schutz. Ein Attentat auf die Arbeiter folgt dem anderen. Auf Waidhofen folgte Viktring. Ein Hitlertag soll in Wien aufgezogen werden. Die SP rührt dagegen keinen Finger. Diese verbrecherische Untätigkeit, dieser Verrat führt die Arbeiterschaft in den Abgrund.

Die Kommunistische Partei müht sich redlich und mutig, den Abwehrkampf der Arbeiterklasse zu organisieren. Es liegt nicht an den Kommunisten, daß ihre großen Anstrengungen und Opfer zu keinem Erfolg für die Arbeiterklasse, zu keinem Erfolg für die Kommunistische Partei führen, es liegt einzig und allein an der Führung der Kommunistischen Partei, noch genauer an der Linie, auf der die Kommunistische Partei geführt wird. Es ist in Oesterreich dasselbe wie in Deutschland und überall: Die Stalinbureaukratie redet zwar jetzt etwas weniger vom Sozialfaschismus usw., sie spricht jetzt von der «antifaschistischen» Einheitsfront, aber es ist die alte Linie der «roten» Einheitsfront, die alte stalinsche Bankrottlinie. Die Stalinbureaukratie verlangt wie ein kleiner Junge von den hunderttausenden Arbeitern, die Jahre, Jahrzehnte mit der Sozialdemokratie gegangen sind und trotz aller Zweifel und Unzufriedenheit mit ihr noch immer verknüpft sind, sie mögen um der schönen Schlager Stalins willen aufhören, Sozialdemokraten und im Handumdrehen Kommunisten sein, sich glatt und blind der stalinistischen Führung anvertrauen, die sich bekanntlich in den neun Jahren ihres Wirkens so großartig bewährt hat, daß alle ernsten Arbeiter, die daran nur denken, das Grausen überfällt. So geht es nicht, die Tatsachen zeigen es. So sind die Massen nicht zu gewinnen. Millionenmassen müssen durch Erfahrung am eigenen Leib erkennen, daß das, was die Kommunisten sagen, richtig ist. Diese Erfahrung können die Massen nur im Kampf gewinnen. Um aber die Millionenmassen wirklich in Kampf zu führen, dazu muß die Partei Schluß machen mit der überradikalen, in Wirklichkeit scheinradikalen Schaukelpolitik Stalins und übergehen zur leninschen Taktik, zur marxistisch-leninistischen Linie. Nur so kann und so wird sie die Massen gewinnen.

Die Abwehr der kapitalistischen Offensive kann nur gelingen, wenn die Millionenmasse der Arbeiter dagegen einheitlich, geschlossen, in Schwung gesetzt wird. Um aber kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter in kurzer Zeit zum Kampf gegen Faschismus, Arbeitslosigkeit, Hunger, Lohnabbau, Kriegsgefahr geschlossen in Millionenmassen in Schwung zu setzen, dazu muß durch entfachten Massendruck von unten erzwungen werden, die **Einheitsfront von KP, SP, Gewerkschaften.** Anders geht es nicht, nur so geht es und so wird es kommen müssen durch die Anstrengungen aller Arbeiter, durch die Anstrengungen aller Kommunisten. Erzwingt die Einheitsfront der KP, SP, Gewerkschaften! Erzwingt den Uebergang von der Taktik der stalinschen Einheitsfront zur Taktik der leninschen Einheitsfront! Beide Rufe liegen auf einer Linie, auf der proletarischen Klassenlinie.

Auf dieser Linie wird sich die sozialdemokratische Schwindellosung «Alles für die Arbeitslosen» zwangsläufig wenden in die richtige Losung «Alles auf Kosten der Bourgeoisie für die Arbeitslosen!» Und diese Losung wird sich verbreitern zur Gesamtlosung: **Einheitsfront der Arbeitslosen und Beschäftigten zur Sanierung der Arbeiterklasse auf Kosten der Bourgeoisie!»** Schluß mit dem Aussteuern! Schluß mit jeder Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung! Schluß mit dem Lohnabbau! Schluß mit der Teuerung! Schluß mit den Massensteuern! 40-Stunden-Woche bei unvermindertem Lohn! Arbeit und Brot durch gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland für den Fünfjahresplan! Nieder mit dem Faschismus! Vorwärts zur proletarischen Kontrolle der Produktion!

Die neuesten Roßtäuscher-Kunststücke der RGO der Hafenarbeiter

Die Niederlage der Hafenarbeiter zeitigt bei der RGO die sonderbarsten Blüten. Mit großem Aufwand von Flugzetteln, die von der RGO der Hafenarbeiter gezeichnet waren, wurde zu einer Hafenarbeiterversammlung aufgerufen, um Stellung zu nehmen zu dem von den reformistischen Gewerkschaftsführern verratenen Kampfe. Trotz den vielen Flugzetteln waren höchstens 30 Mann anwesend und das zu einer Zeit, da die Wunde der Niederlage noch ganz offen war und die Hafenarbeiter fast in ihrer ganzen Masse von schwerem Groll gegen die Führung des FGV erfüllt waren. Daran allein kann man schon sehen, daß es mit den Sympathien zur RGO ganz miserabel steht. Als Referent sprach Gen. Barth, eine besondere Leuchte Stalins in Taschenfeiteiformat. Er will sich bei den Hafenarbeitern die Sporen verdienen. Nun, wir können ihm heute schon sagen, die überwiegende Mehrheit der Hafenarbeiter hat von seinen Drehs schon übergenug. Das möge auch die RGO zur Kenntnis nehmen und sich darnach richten! Die Losung aufstellen, den Kampf aufnehmen um Wiederherstellung der alten Löhne ist an sich sehr gut, daß aber dazu allerhand Voraussetzungen zu schaffen sind, das scheinen die Genossen der RGO nicht zu wissen. Oder soll die Losung (nach der üblichen widerlichen Beschimpfung der Betriebsräte) «Neuwahl von Betriebsräten, unabhängig von FGV und RGO!» eine solche Voraussetzung sein? Wenn das der Fall ist, müßt Ihr Euch schon gefallen lassen, Dummköpfe oder ganz gewöhnliche Scharlatane genannt zu werden. Oder spekuliert Ihr auf die Naivität der Hafenarbeiter und glaubt, sie durchschauen Euch nicht? Warum gebt Ihr nicht die Losung: «Wählt revolutionäre Betriebsräte!»? Nun, Genossen, das Rätsel ist schon gelöst, übrigens habt Ihr es in Eurer Resolution ja selbst gelöst, indem Ihr feststellt, daß leider bis jetzt bei den Hafenarbeitern — **keine RGO bestanden hat.** Ja aber, was heißt das wieder: «Keine RGO der Hafenarbeiter hat bestanden»? All die Aufrufe und Flugzettel, der «Rote Donausturm», die «Rote-Fahne»-Artikel, die Einladung zur Hafenarbeiterversammlung am 10./8., all das war mit RGO der Hafenarbeiter gezeichnet, alle bisherigen Versammlungen waren einberufen von der RGO! Marktschreierisch, als wär's eine Ware, wurde sie angepriesen und auf einmal wird in einer Resolution festgestellt, daß es den reformistischen FGV-Führern nur deshalb gelungen ist, den Kampf abzuwürgen, weil keine RGO bestanden hat. Hat die Hafenarbeiterschaft nicht recht, solchen Drehs mit Mißtrauen zu begegnen? Will die Stalin-Bürokratie ihre Mitschuld an der Niederlage verwischen? Die Resolution ist nämlich, im Gegensatz zum Einladungsflugblatt, tatsächlich nicht mehr mit RGO unterzeichnet, sondern «im Namen der Hafenarbeiter» ausgefertigt. In dieser Resolution wurde als Mitgrund der Niederlage auch festgestellt, was wir schon in der vorletzten Nummer der «Arbeiter-Stimme» festgenagelt haben, daß leider in dem größten Betrieb, bei der DDSG, während der passiven Resistenz 20 bis 30 Ueberstunden gemacht wurden. Daß die RGO-Mitglieder (ohne daß die Führung der RGO dagegen etwas unternommen hätte!), bei diesem Tanz mitsprangen und eben auch 20 bis 30 Ueberstunden machten, wurde darin natürlich nicht erwähnt. Darum steht man jetzt fest, daß es bis jetzt keine RGO gegeben hätte und man zur Gründung einer solchen erst schreiten müsse. Das ist Roßtäuscherpolitik ärgster Sorte! Sie erfrechen sich, das «Leninismus» zu nennen, es ist aber waschechter Stalin-Schwindel, «Generallinie», Stalinismus. Es scheint tatsächlich, daß die Genossen unbelehrbar sind und keinen Schritt vom Scharlatan Stalin abweichen wollen, wie Kinder an ihren Illusionen festhalten, zum eigenen und zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft. Wir wiederholen, was nottut: **Zusammenschluß aller Kommunisten zu Komfraktionen! Hinein und nicht heraus aus dem FGV!** Durch vernünftige Realpolitik die klassenbewußte Hafenarbeiterschaft gewinnen für die revolutionäre Sache! Das gilt's zu schaffen zur Wiederaufnahme des Kampfes für die Herstellung von Löhnen, die der Schwere der Hafenarbeit entsprechen. Das gilt's zu schaffen zum Kampf, um die Gewerkschaften auf die proletarische Klassenlinie, das ist auf die proletarisch-revolutionäre Linie, zu bringen. Dann werden die Gewerkschaftsbürokraten sich umstellen müssen, daß sie für die Arbeiter da sind und nicht, wie sie meinen, die Arbeiter für sie oder — die Arbeiter werden sie «umstellen», das heißt, den Gewerkschaften revolutionäre Führung geben. Die klassenbewußte Hafenarbeiterschaft muß achthaben! Bei dieser Depression werden Elemente laut, die sich nicht durch Denken, schon gar nicht durch klassenbewußtes Denken, auszeichnen, sondern ihre nackten egoistischen Ziele verfolgen, gerne der Losung: «Keinen Groschen der Gewerkschaft» nachgeben und Zersetzungsarbeit leisten. Schließt Euch zusammen, alle die, die es mit der Bewegung ernst meinen, wählt Euch Genossen, die ehrlich und ohne Eigennutz der Gewerkschaftsbürokratie entgegentreten. Seid Euch dessen bewußt: solange Eure Partei, die SP, eine Politik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten betreibt, solange sie Kurs auf Koalition hält, so lange wird die Gewerkschaftsbürokratie eine Lohnpolitik treiben, die nur zu Niederlagen führen kann. Durch Euren Zusammenschluß werdet Ihr, wenn es Euch gelingt, auch mit den anderen Arbeitskollegen der verschiedenen FGV-Sektionen, die ja auch tief unzufrieden sind, die Verbindung herzustellen, erzwingen die Rückkehr zur Klassenkampfpolitik. Das nächste Ziel, um wieder vorwärtszukommen, heißt: **Zusammenschluß aller klassenbewußten Hafenarbeiter!**

Brief aus Moskau

(Fortsetzung.)

Die Bureaukratie fühlt, daß man mit ihr unten sehr unzufrieden ist, und überträgt ihre wachsende Unruhe auf Stalin. Wenn die Bureaukratie selbst die Sache früher so darstellte, als ob Stalin die Quelle aller Erfolge sei, so ist sie heute immer mehr geneigt, in ihm den Schuldigen an allen Mißerfolgen zu erblicken. Zwischen dem offiziellen Ton und dem wirklichen Verhalten gegenüber Stalin entsteht eine immer tiefere Kluft. Schwernik, Stalins Gewerkschaftskommissar, erklärte in seinem Referat auf der Tagung: «Eine der bedeutendsten Voraussetzungen für den Sieg der Generallinie unserer Partei ist die Tatsache, daß an der Spitze der Partei unerschütterlich der treueste und **geniale** Schüler Lenins steht, der Führer der Arbeiterklasse, Genosse Stalin». Die Mehrheit der Delegierten saß bei diesen Worten mit hölzernen Gesichtern. Der «Genialität» von Stalin glaubt kein Mensch. Jedoch hielt es, zwei Jahre früher, die Mehrheit dieser Delegierten für notwendig oder zumindest für nützlich, das Märchen von der «Genialität» zu unterstützen. Die Bureaukratie hoffte auf diese Weise ihre Autorität vor der Masse zu festigen. Nun ist aber nur eine schmale bureaukratische Stütze geblieben, die, wie Schwernik versucht, einen offen durchgefallenen Götzen zu halten. Dagegen versucht die Mehrheit der Bureaukratie (auch der Parteibureaukratie) **von der Stalinfraktion im engeren Sinne abzurücken.**

Die Formen des Abrückens von Stalin haben einen passiven und abwartenden Charakter. Der Durchschnittsbeamte versucht sich der Parteimasse in dem Sinne anzugleichen, daß er Stalin die Ausbrüche des Enthusiasmus versagt. Man berichtet über viele Episoden zu diesem Thema. Jede einzelne von ihnen ist nicht allzu bedeutend, doch alle zusammen ergeben sie ein deutliches Bild. Zeuge einer solchen Episode war ich selbst. Am 25. Februar besuchte Stalin das «große Theater». Solche Besuche werden selbstverständlich vorbereitet, nicht nur vom Standpunkt der Sicherheit (was selbstverständlich ist), sondern auch vom Standpunkt des gebührenden «Empfanges». In vergangenen Jahren rief das Händeklatschen der «Initiativgruppe» unvermeidlich die Unterstützung eines bedeutenden Teiles der Theaterbureaukraten hervor. Am 23. Februar wurde Stalin mit **kaltem Schweigen** empfangen. Augenscheinlich haben die Empfangsinitiatoren, selbst aus Angst, keinen Widerhall zu finden, kein Signal zum Klatschen gegeben.

Viel wichtiger ist jedoch, was in allerhand unteren Versammlungen, Feiern, Konferenz u. a. stattfindet. Bei der Wahl des neuen Ehrenpräsidiums oder bei Entsendung kollektiver Begrüßungen steht der Name Stalin selbstverständlich an erster Stelle. Wenn zwei Jahre zuvor allein die Erwähnung dieses Namens Händeklatschen zur Folge hatte (um so stürmischeres, je mehr offiziellen und gewählten Charakter die Versammlung hatte), so erweckt jetzt ein Verzeichnis von Namen, an dessen Spitze Stalin steht, **nicht den geringsten «Enthusiasmus».**

Der Grund hiefür liegt in der ganzen Lage und in der bitteren Erfahrung. Stalin hat sich einst selber «Meister» genannt. Jetzt überzeugen sich immer größere Partei- und Sowjetmassen, daß dies ein **«großer Meister für kleine Geschäfte»** ist. Natürlich begriffen einigermaßen denkende Kommunisten auch vor drei Jahren, daß, nachdem Stalin den organisatorischen Kampf gegen die Linksopposition durchgeführt hatte, er sich an das Oppositionsprogramm als einen Rettungsanker klammerte. Doch das rechnete man ihm nicht als Minus an. «Geschickter Kerl» — das war das Lob, welches der Beamte Stalin darbrachte, und den der Arbeiter nicht selten nach ihm wiederholte.

Auf allerhand kritische Bemerkungen und Hinweise auf Stalins geistige Unselbständigkeit antwortete der Durchschnittsstalinist: «das mag alles auch wahr sein; dafür ist der Kerl geschickt; mit dem passiert uns nichts». Zu alledem kam noch, daß die Erfolge der Industrialisierung und Kollektivisierung alle Sünden überdeckten. Eine schroffe Wendung kam mit der **Verschärfung der Lebensmittellage.** Der Hunger ist nicht angenehm. Bei der Besprechung der Lebensmittellage bleiben allgemeine Formeln ohne Wirkung. Die Zellen der Hochschulen hält man, wie Sie wissen, für die zuverlässigsten, das heißt für solche, wo auf den Namen Stalin in jedem zweiten Satz geschworen wird. Aber für ein ganz frisches Ereignis, ein sehr symptomatisches für die gegenwärtige Atmosphäre.

Während einer Besprechung der Lebensmittellage in der Zelle des elektrotechnischen Instituts, versuchte einer der kleinen Apparatleute zu beweisen, daß sich «die Lage bessere»: Einer der Studenten antwortete ihm: «Du siehst nichts, wie Stalin». Die «freche» Antwort wurde von der Versammlung mit offenkundiger Zustimmung aufgenommen, trotz der Anwesenheit von Büro-Mitgliedern, die sich taub stellten. Das geflügelte Wort: **«Du siehst nichts, wie Stalin»** begann sofort seinen Lauf durch die Stadt.

Bei der akademischen Jugend ist die Autorität Stalins als «Theoretiker» außerordentlich gesunken. Allen ist bekannt, wie lange und mit welcher Aufdringlichkeit er seinen theoretischen Ruf zu sichern suchte. Verschiedene Lakaien, wie z. B. Milonow, ehemaliger Theoretiker der «Arbeiteropposition», haben zwar Stalin in die «Klassiker des Marxismus» eingeschrieben, so wie ihn Schwernik zu den Genies gerechnet hat. Doch gibt es in unserer Studentenschaft, wie auch unter unseren roten Professoren, wie sehr diese Leute auch durch das Stalinregime verdorben sind, nicht wenig helle und ehrliche junge Köpfe; und letzten Endes sind sie es, die die inoffizielle gesellschaftliche Meinung der proletarischen Studentenschaft, wie überhaupt die Elite der Arbeiterklasse ausdrücken. Der berühmte Vortrag von Stalin in der Gesellschaft der Agrar-Arbeiter ist ihm teuer zu stehen gekommen. Trotzkis Kritik hat unmittelbar nur wenige erreicht, indirekt aber, durch Vermittler ist sie in genügend breite Kreise gedrungen. Aber wir können auch selber was! Leute, die das theoretische System von Marx gut beherrschen, gibt es bei uns nicht wenig. Wie sehr man das skandalöse stalinsche Referat in der Presse reklamiert hat (die «Prawda» hat seinerzeit sogar das Jahres-Jubiläum des weltgeschichtlichen Referats gefeiert), es ist ein entgegengestetztes Ergebnis herausgekommen: solidere akademische Apparatleute erinnern sich an das Referat mit einem verhaltenen, aber vielsagenden Lächeln; in den Kreisen der fortschrittlichen Jugend ist es die Quelle zahlreicher Scherze und Anekdoten geworden.

Aber auch die rein politische Autorität Stalins hat im letzten Jahr außerordentlich gelitten. Auf der XVII. Parteikonferenz hat Stalin kein Wort gesprochen.

Natürlich hat niemand erwartet, daß eine Versammlung von Beamten etwas ändern oder erneuern könnte. Doch waren alle überzeugt, daß auf dieser Konferenz der seit langer Zeit verstummte Führer der Partei sagen wird, was er über die gegenwärtige Lage denkt. Im Laufe des Winters habe ich in Moskau und in der industriellen Provinzstadt, in der ich etliche Wochen verbrachte, mehr als einmal Gespräche gehört über das Thema: was denkt Stalin über die Lage in Deutschland, die Weltkrise und die internationale Lage der S. U. «Warum schweigt er», fragten sich viele. «Jetzt müßte er auf Leninsche Art etwas Ernstes sagen...» Darauf antwortete gewöhnlich ein solider Gesprächsteilnehmer: «Warte nur, er wird's noch sagen: in einigen Wochen ist doch die Parteikonferenz.» So entstand in der Partei und um die Partei die feste Ueberzeugung: Stalin schweigt, um sich mit einem Mal auf der Parteikonferenz auszusprechen. Um so größer war die Enttäuschung, die der Partei wartete. Nach jeder Sitzung bestürmte man die Delegierten und Gäste mit der Frage: «und was ist mit Stalin?» — Nichts... — Warum? — Wer weiß, vielleicht wird er noch sagen...» — antworteten immer flauer die Delegierten. Gegen Ende der Konferenz wurden die Delegierten selber unruhig und begannen achtungsvoll zu fordern, daß sich der «Führer» aussprechen möge. Aber Stalin hat schroff abgelehnt. Das hat viele förmlich erschüttert. Einige begannen sich laut zu äußern, natürlich in ihrem engeren Kreise: «Warum spricht er sich nicht aus? **Weil er nichts zu sagen hat.»** Dies war die Atmosphäre, in der die Worte des Studenten «du siehst nichts als Stalin» leicht zum geflügelten Wort wurden.

Die am besten «Informierten» in den mittleren Bürokratenkreisen meinten nach der Konferenz vielsagend: «Stalin schwieg, weil bei den Spitzen Differenzen sind, sowohl in Fragen der inneren als auch der äußeren Politik.» Die japanischen Provokationen hatten die Partei und die Arbeiterklasse aufgerüttelt. Man erwartete irgendwelche entschiedenen Schritte von seiten der Sowjet-Regierung und fürchtete zugleich, auf eine Provokation hereinzufallen. Man erwartete und suchte Direktiven. Doch **die Direktiven kamen nicht.** Ich selber hörte im Laufe eines Tages an verschiedenen Orten den scherzhaften Satz: «Man muß L. D. bitten, schnellstens Direktiven zu senden.» Solche ironischen Formeln verbreiten sich in Moskau sehr schnell. In gewissem Sinne wurden die Direktiven empfangen. Nr. 25-26 des Bulletin mit dem Aufsatz «Deutschland — der Schlüssel zur internationalen Lage» hat unzweifelhaft auf die Bürokratie einen Einfluß im Sinne der Zurückhaltung ausgeübt. Das Echo dieses Aufsatzes drang in die Partei von verschiedenen Seiten. Wenn es bei den Spitzen in der Frage der fernöstlichen Politik in der Tat Differenzen gegeben hat, so wurden sie augenscheinlich in dem Sinne gelöst, auf die japanischen Provokationen nicht einzugehen. Wir halten dies für völlig richtig.

STEIERMARK

Genosse Franz Raimann ist vor kurzem plötzlich gestorben. Durch das Schandurteil der IBK war er gezwungen, uns und seine Angehörigen zu verlassen. Er wandte sich nach Radkersburg, wo ihn der Tod ereilte. Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter, der sich in der Verbreitung der «Arbeiter-Stimme» besonders aktiv beteiligt hatte. Wir senden ihm auf diesem Wege unsere letzten Grüße.

Stalinscher Pallawatsch

Zuerst waren die Brüning, Braun, Severing die faschistische Diktatur. Heute sind es die Papen, Schleicher. Wer ist nun Hitler? Montag, den 22. August, hatte die Rote Hilfe in Graz eine Kundgebung gegen die Horthy-Justiz einberufen, in der Benedikt aus Wien referierte. Der Referent bemerkte unter anderem, daß wir in Deutschland bereits die faschistische Diktatur haben. Wir möchten ihn aufmerksam machen, daß es ja nicht möglich wäre, daß eine Kommunistin (Klara Zetkin) als Alterspräsidentin den Reichstag eröffnet. Eine faschistische Diktatur hätte es nicht notwendig, gegen faschistische Mordbuben (Beuthen) Scheintodesurteile zu fällen. Die Stalinsche Pallawatsch-Politik lähmt das Proletariat und hilft durch ihre Wirkung der SP und dem Faschismus.

Ein Grazer Parteimitglied.

Verfolgung der Linksopposition. Unser Genosse Franz Krug wurde nun zum wiederholten Male wegen seiner Tätigkeit als Kolporteur zu 24 bezw. 48 Stunden verurteilt.

Leo Trotzki:

Der Zentrismus der stalinschen Bürokratie

(Fortsetzung.)

Haben in den kapitalistischen Ländern zentristische Gruppierungen meist zeitweiligen Uebergangscharakter als Widerspiegelung der Evolution bestimmter Arbeiterschichten nach rechts oder links, so erhielt in den Bedingungen der festere und organisiertere Basis in Gestalt der Millionenbureaukratie. Während sie ein natürliches Milieu opportunistischer und nationaler Tendenzen darstellt, ist sie indes gezwungen, die Grundlagen ihrer Herrschaft im Kampfe gegen den Kulaken zu verteidigen und gleichzeitig um ihr «bolschewistisches» Prestige in der Weltarbeiterbewegung zu sorgen. Nach dem Versuch, der Kuomintang und der Amsterdamer Bureaukratie nachzujagen, die ihr geistig in vielem nahesteht, trat die Sowjetbureaukratie jedesmal in scharfen Konflikt mit der Sozialdemokratie, die die Feindseligkeit der Weltbourgeoisie zur Sowjetunion widerspiegelt. Das sind die Quellen des jetzigen linken Zickzacks.

Die Eigenartigkeit der Lage besteht nicht darin, daß die Sowjetbureaukratie mit einer besonderen Immunität gegen Oportunismus oder Nationalismus versehen wäre, sondern darin, daß sie, der Möglichkeit bar, eine abgeschlossene nationalreformistische Position zu beziehen, gezwungen ist, Zickzacks zwischen Marxismus und Nationalreformismus zu beschreiben. Die Schwankungen dieses

bureaukratischen Zentrismus

haben, entsprechend seiner Macht, seinen Hilfsquellen und den scharfen Widersprüchen seiner Lage, ein ganz unerhörtes Ausmaß erreicht:

von ultralinken Abenteuern in Bulgarien und Estland — zum Bündnis mit Tschangkaischek, Raditsch und Purcell; von der schändlichen Verbrüderung mit den britischen Streikbrechern — zum völligen Verzicht auf die Einheitsfront mit Massengewerkschaften.

Ihre Methoden und Zickzacks überträgt die stalinsche Bureaukratie auf andere Länder, soweit sie durch den Parteiapparat die Kommunistische Internationale nicht nur führt, sondern kommandiert. Thälmann war für die Kuomintang, als Stalin für die Kuomintang war. Auf dem VII. Eki-Plenum, Herbst 1926, trat der Kuomintangdelegierte, Abgesandter Tschangkaischeks, namens Schaolitsi in Einmütigkeit mit Thälmann, Semard und all den Remmele gegen den «Trotzkismus» auf. «Genosse» Schaolitsi sagte: «Wir sind alle überzeugt, daß unter Führung der Komintern die Kuomintang ihre historische Aufgabe erfüllen wird» (Russ. Prot. 1. Band, S. 459). Das ist der historische Tatbestand!

Nehmt «Die Rote Fahne» vom Jahre 1926 und ihr werdet dort eine Menge Artikel über das Thema finden. Trotzki beweise durch die Forderung nach dem Bruch mit dem britischen Generalrat der Streikbrecher seinen — Menschewismus! Heute aber besteht der «Menschewismus» schon in der Verteidigung der Einheitsfront mit Massenorganisationen, d. h. der Durchführung jener Politik, die unter Lenins Leitung vom III. und IV. Weltkongreß formuliert wurde (gegen alle die Thälmann, Thalheimer, Bela Kun, Frossard usw.).

Diese niederschmetternden Zickzacks wären unmöglich, hätte sich nicht

in allen nationalen Sektionen eine selbst genügsame, d. h. von der Partei unabhängige Bürokratenschicht

herausgebildet. Hier liegt die Wurzel des Uebels.

Die Kraft einer revolutionären Partei besteht in der Selbsttätigkeit der Avantgarde, die ihre Kaders überprüft und aussondert, und — indem sie ihre Führer erzieht — sie allmählich durch ihr Vertrauen an die Spitze erhebt. Dies schafft ein untrennbares Band zwischen Kaders und Massen, zwischen Führern und Kaders und verleiht der gesamten Leitung die innere Selbstsicherheit. Nichts davon in den heutigen Kommunistischen Parteien! Die Führer werden ernannt. Sie wählen ihre Untergebenen aus. Die Mitgliedermasse wird gezwungen, die ernannten Führer zu akzeptieren, um die eine künstliche Reklameatmosphäre geschaffen wird. Die Kaders hängen von der Spitze statt von den unteren Schichten ab. Die Quellen ihres Einflusses, wie auch ihre Existenzquellen suchen sie in hohem Grade außerhalb der Massen. Ihre politischen Losungen beziehen sie nicht aus Kampferfahrung, sondern über die Telegraphenleitung. Gleichzeitig werden in Stalins Archiven für alle Fälle Anklagedokumente aufbewahrt. Jeder der Führer weiß, daß man ihn in einem Augenblick wie Federflaum fortblasen kann.

So entsteht in der gesamten Komintern eine abgegrenzte bürokratische Schicht, die den Nährboden für den Bazillus Zentrismus abgibt. Organisatorisch sehr beständig und widerstandsfähig, da auf die Bürokratie des Sowjetstaates gestützt, zeichnet sich der Zentrismus

Unterstützt die Aktion der KP

gegen den Sanierungsraubzug des Kapitals gegen den Faschismus und seine Wegbereiter!

der Thälmann, Remmele und Gebrüder in politischer Hinsicht durch äußerste Labilität aus. Jener Sicherheit bar, die nur von der organischen Verbindung mit den Massen kommen kann, ist das unfehlbare ZK zu den ungeheuerlichsten Zickzacks fähig. Je weniger es für ernste ideologische Kämpfe gerüstet ist, desto freigebiger ist es in Schmähungen, Kriechereien, Verleumdungen. Stalins Bild, nach Lenins Definition «grob» und «illoyal», ist die Personifikation dieser Schcht.

Die hier gegebene Charakteristik des bürokratischen Zentrismus bestimmt das Verhältnis der Linken Opposition zur stalinschen Bürokratie: **volle und uneingeschränkte Unterstützung, soweit die Bürokratie die Grenzen der Sowjetrepublik und die Grundlagen der Oktoberrevolution verteidigt; offene Kritik, soweit die Bürokratie durch ihre administrativen Zickzacks die Verteidigung der Revolution und des sozialistischen Aufbaues erschwert; unbarmherziger Widerstand, soweit sie durch ihr bürokratisches Kommando den Kampf des Weltproletariats desorganisiert.**

Das allgemeine Selbstbewußtsein des Proletariats ist gegenwärtig durchaus nicht jenes wie in den Jahren 1922–23. Das Proletariat ist zahlenmäßig und kulturell gewachsen. Nachdem sie eine gigantische Arbeit der Wiedergeburt und des Aufschwunges der Wirtschaft vollbracht haben, fühlen die Arbeiter Wiedergeburt und Aufschwung des eigenen Selbstvertrauens. Diese gesteigerte innere Sicherheit beginnt in Unzufriedenheit **mit dem bureaukratischen Regime umzuschlagen.**

Drosselung der Partei, Aufblühen des persönlichen Regimes und persönlicher Willkür können auf den ersten Blick die Vorstellung der Schwäche des Sowjetsystems hervorrufen. Dem ist aber nicht so. Das Sowjetsystem ist außerordentlich erstarkt; gleichzeitig aber hat sich der Widerspruch zwischen diesem System und seinem bureaukratischen Schraubstock außerordentlich verschärft. Der stalinsche Apparat sieht mit Bestürzung, daß die ökonomischen Erfolge seine Stellung nicht befestigen, sondern untergraben. Im Kampf um seine Positionen ist er gezwungen, die Schrauben noch stärker anzuziehen und alle Arten «Selbstkritik» zu untersagen, ausgenommen byzantinisches Lob auf den Führer.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei

Ein Judasrat

Zurückkommend auf die letzte Nummer der «Arbeiter-Stimme», muß ich erklären, daß die Stalinbureaukratie in der Tat Parteimitglieder, welche durch die immerwährenden Fehlschläge immer mehr verbittert werden, an die Faschisten weist. Ich selbst bin dafür ein lebendiges Zeugnis. Am 25. Juli, anläßlich eines Alarms der Arbeiterwehr, der Stalinbureaukrat Leeb, in Anwesenheit von 16 Arbeitern: «Wir (die Stalinbureaukratie) würden es lieber sehen, wenn Schlosser zu den Nazis gehen würde, statt zur SP zurückzukehren.» Ich dachte ehrlich an die Beilegung meines Konflikts mit der Partei — ich hatte die Politik und die Methoden der Stalinbureaukratie scharf kritisiert — die Stalinbureaukraten waren jedoch insgeheim bereits zu meinem Ausschluß aus der Partei entschlossen. Gerade der niederträchtige Ausspruch Leebs überzeugte mich, daß mein Platz in den Reihen der KPOe (Opposition) ist, um die Partei von diesen Judassen zu säubern und sie auf die Linie Lenins zu führen.

Karl Schlosser, Arbeiter, XIV.

Burgenländische Arbeiter- und Bauernstimme

Nach neun Nummern ist nun schon ein politisches Urteil über dieses Blatt möglich. Seine Angriffe gegen die persönlichen Eigenschaften der ZK-Mitglieder werden immer heftiger, der Zustand der Partei wird darin auf die Charaktermängel zurückgeführt, insbesondere der Koplenig & Co. Die Frage, ob das Versagen der Führung und damit der Partei nicht politische Wurzeln hat, wird nicht einmal gestellt, nicht einmal für die österreichische Politik gestellt, sie wird überhaupt nicht gestellt. Die Linie der KI, der KP ist richtig, aber an der Spitze der KPOe stehen schlechte Kerle, man muß andere Leute an die Spitze setzen — vielleicht Toman & Co.? . . . — dann wird die Partei vorwärts gehen, das ist die Linie des Blattes. In der Tat ist das die tomanitische Linie in Reinkultur, die einen rein persönlichen Kampf führt, den Kampf um die Futterkrippe, den «Kassenkampf». Es sprechen auch alle Zeichen dafür, daß das Blatt von den Resten der Tomanfraktion in Wien redigiert wird, die die burgenländischen Genossen für ihre Zwecke auszunützen suchen. Es bedarf keines Wortes, daß ein solcher Kampf der Partei nicht nur nicht hilft, sondern sie schädigt. Mehr: da er keine politische Perspektive gibt, führt dieser Kampf zu nichts als zur Zersetzung, Zerstörung der Partei!

Unser Urteil über die burgenländischen Genossen wird dadurch nicht berührt. Nach wie vor halten wir sie für ehrliche Genossen, die der Partei nützen wollen und ehrlich glauben, ihr auf diesem Wege nützen zu können. Bei den heutigen Verhältnissen wird die Erfahrung einer nicht langen Zeit es ihnen erleichtern, ihren Irrtum zu erkennen und den richtigen Weg zu finden.

Schwindelmethoden

Auf dem Wege über die burgenländische Landesorganisation veröffentlicht die Toman-Fraktion ein Flugblatt, das auf vier langen Seiten nicht ein einziges politisches Wort enthält, aber einen Waggon vollgefüllter Nachttöpfe gegen die Mitglieder des ZK und die Parteibeamten. All die Lumpereien, die die Toman-Fraktion den Koplenig & Co. vorwirft, hat sie in dieser und anderer Form selber auch begangen. Wer mit dem Brandmal der Korruption und der zahllos begangenen Lumpereien gezeichnet ist, wie die Toman-Fraktion, der hat kein Recht, über die Stalin-Fraktion moralisch zu urteilen. Das Recht dazu haben nur diejenigen, die solche Methoden nicht anwenden und rein sind von jeder Korruption. Den Stalin-Schwindel durch den Toman-Schwindel ersetzen, damit ist der Partei nicht gedient. Die Partei muß jedem Schwindel ein Ende setzen und alle Schwindler, alle Korruptionisten liquidieren, indem sie zur leninschen Linie, zur leninschen Parteidemokratie, zu leninschen Methoden zurückkehrt, die dem Schwindel, den Schwindlern und Korruptionisten den Boden entziehen.

Da die Toman-Fraktion in den Schwindelmethoden außerordentlich bewandert ist, hat sie eine ausgezeichnete Spürnase für die Schwindeleien der Stalin-Fraktion, der Koplenig, Schüller, Benedikt & Co. und so erfahren wir aus dem tomanistischen Flugblatt folgende Schwindelepisode: «In unserer Hand befindet sich eine vom 8. Februar 1931 datierte Zuschrift des Reichssekretariats d. werkt. Bauern Oesterreichs, unterzeichnet vom ZK-Mitglied Kersche, worin er uns zu verleiten sucht, für die am 25. Februar v. J. stattgefundene Arbeitslosenkampagne falsche Bauernbriefe zu schreiben. Diese Briefe sollten dazu dienen, daß dieses unfähige ZK den Arbeitslosen vorlügen wollte, daß die Bauern auf unserer Seite stehen. Weiters sollten diese Bauernbriefe — wie aus der Zuschrift zu ersehen ist — zur Veröffentlichung in den kom. Bauernzeitungen Deutschlands gesendet werden und schließlich sollten sie ein Alibi gegenüber der Komintern für die angeblich geleistete Arbeit sein. — Solche Beweise über lügnerische Berichtsmethoden des ZK können wir noch mehr liefern» . . .

Letzte Reserve. Alles wackelt. Trotz fortwährenden Kaderaustausches, niemand ist mehr sicher. Also haben sich die Stalin-Bürokraten ihren patentierten Fürnberg als «Ausschließer» kommen lassen, damit er als erster Polleiter den Kreis IV vor uns sichere. Der Jammermensch wird das Kraut bestimmt fett machen. Ihm zur Seite steht Spitaler, der auf die Frage, die ihm als Referenten eine sozialdemokratische Arbeiterin jüngst vor vielen Arbeitern stellte, warum er nämlich von der Sozialdemokratie «gegangen» worden sei, sich sehr betreten der Antwort entzog. Es wäre gut, wenn die gesprächige «Rote Fahne» über diese Frage etwas schreiben würde, damit die Mitglieder erfahren, wer da in der Spitze eines Kreises steht. . .

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunngasse 41 und 62, Reumannhof, Zeitungsstand Straßenbahnhaltestelle Mariahilfer Gürtel—Ecke Mariahilferstraße; Zeitungsstand Burgring—Ecke Bellaria.

Aus der Opposition

Ein Schritt vorwärts

Langwierige Arbeit führt endlich als ersten Schritt zur Gründung einer neuen Organisation in einem Bezirk, in dem wir die langen Jahre nur ganz vereinzelte Genossen hatten, nämlich in Währing. Eine Anzahl von Arbeitern und Jungarbeitern, die schon über eine gewisse Erfahrung verfügen und vorgeschrittene Proletarier sind, haben sich uns angeschlossen und mit unserer Hilfe die Bezirksorganisation Währing gegründet. Schwierige Arbeit steht vor den Genossen, aber es ist die einzige Arbeit, die zur Gesundung der Partei führt. Sie müssen mit besonderer Klugheit arbeiten, denn gerade jetzt wird die Stalinbureaukratie mit verzehnfachter Aufmerksamkeit lauern, um die wichtigen Fäden der Währinger Organisation zu den Parteimitgliedern zu zerreißen. Wir begrüßen die Genossen, wir begrüßen die neue Oganisation.

Erklärung

Es dürfte wohl kaum noch eine andere politische Partei geben, die ein derartiges Durchhaus darstellt wie die KPOe. Wo sind heute die Mitglieder aus den Jahren 1919 bis 1929? Gewiß, es sind noch einige in der Partei anzutreffen; sie zählen aber längst schon zu den «verkalkten Elementen» und «Opportunisten». Und wo werden in einigen Jahren die Mitglieder aus den Jahren 1930 bis 1932 zu finden sein?

Das ständige Verschwinden, das Ausschalten der älteren Beitrittsjahrgänge beweist, daß hier ein schwerer organischer Fehler vorliegen muß. Wenn man bedenkt, daß man sich in der Partei selbst darüber niemals Kopfzerbrechen macht, ja diesen Zustand sogar als etwas Unvermeidliches betrachtet, dann muß man zur Erkenntnis gelangen, daß die Wurzeln dieses Fehlers so tief liegen, daß ohne **Aenderung der Parteilinie** es unmöglich ist, diesem Krankheitszustand ein Ende zu bereiten. Die älteren Funktionäre, die durch ihre praktischen Erfahrungen in Gegensatz kommen mit der politischen Linie der Partei, werden stets durch Kaderaustausch erledigt, der in den meisten Fällen ganz sinnlos durchgeführt wird. Parteilinie und revolutionäre praktische Erfahrung stehen im ständigen Gegensatz zueinander. Könnte eine richtige Parteilinie überhaupt in ständigen Gegensatz kommen zur revolutionären praktischen Erfahrung? Und wir kann man einen Fehler korrigieren, wenn man die einfachsten Organisationsgrundsätze auf den Kopf stellt?

In jeder Organisation, ja in jeder beliebigen Gemeinschaft werden die Erfahrensten an die Führung gestellt. Wenn dieselben Parteimitglieder, die sich heute noch für die gedankenloseste Durchführung eines Kaderaustausches begeistern, nicht Mitglieder der Kommunistischen Partei, sondern Mitglieder irgend eines Sparvereines wären, und man würde dort ein neues Mitglied, das kaum bei der Türe hereingekommen und das niemand kennt, sofort zum Obmann vorschlagen, dann würde jeder einzelne dagegen protestieren. Wenn es sich aber um den Polleiter einer Zelle handelt, dann macht man diesen Unsinn nicht nur mit, obwohl hier mehr auf dem Spiele steht als einige ersparte Schillinge, ja man betrachtet diesen Unsinn sogar als etwas Revolutionäres.

Unter solchen Umständen kann sich die KPOe nicht zu einer Massenpartei entwickeln, unter solchen Umständen wird sie immer das bleiben, was sie jetzt ist, eine Zwergpartei, die verzweifelt und fast erfolglos kämpft um die Gewinnung der Arbeiterschaft. Das Bedauerlichste aber ist, daß man nicht einmal in einer Zeit, wo der Faschismus immer mehr an Stärke und Einfluß gewinnt, daran geht, diese Zustände zu ändern. Wie kann es einer Partei gelingen, eine Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft herzustellen, wenn innerhalb der Partei selbst gegenseitiges Mißtrauen und Bespitzeln als Folge des fortwährenden Kaderaustausches und der damit verbundenen Ausschlußhetze vorherrschen und durch diese Zustände ein Boden geschaffen wird für Streber, Kriecher, Denunzianten, Verleumder, und diese Sorte von «Revolutionären» sich geradezu zur Stütze des Parteiapparats entwickeln?!

Ist es im Interesse des Proletariats, ruhig zuzusehen, wie infolge dieser bankrotten Politik alle Zellen verkrachen? Ist es richtig gehandelt, wenn sich erfahrene Genossen als «verkalkte Elemente» und «Opportunisten» einfach an die Seite stellen lassen? Oder ist es nicht die Aufgabe, ja revolutionäre Pflicht aller Genossen, den Kampf aufzunehmen für die Reinigung der Partei? Die Stalinbureaukratie wird euch ausschließen, eure Schritte um Wiederaufnahme werden im Rauchfang Erledigung finden, aber es muß und wird gelingen, die **Partei umzustellen auf die richtige revolutionäre Linie im Bunde mit der KPOe (Opposition).**

Von der Stalinbureaukratie aus der Partei ausgeschlossen, trete ich hiermit der KPOe (Opposition) bei, weil sie die einzige Kraft ist, die zielbewußt, klar und mit eiserner Ausdauer den Kampf führt **für die leninsche Parteigesundung.**

Karl Hasenöhrl, Wien, XVIII.

*

Genosse Hasenöhrl ist ein erprobter, in der Partei bekannter Genosse, der ihr viele aktive Opfer gebracht. Um so mehr freut es uns, ihn in unseren Reihen als Mitkämpfer zu begrüßen.

Max und Moritz

Frank, alias Gräf, der Führer der «Max und Moritzgruppe» seligen Gedenkens, gibt im «Roten Aufbau» des Geschäftsmannes Münzenberg einen Bandwurm von sich, worin er — man denke — «die Identität des Trotzkismus mit dem Menschewismus», um sich von Stalin Brot zu verdienen, «nachzuweisen» unternimmt. Mit Recht schreibt M in der PR, daß damit Gräf in die Latrinen-Stoßbrigade Stalins eingetreten ist. Und ausgerechnet dieser Latrinen-Stoßbrigadier wurde uns als die Achse hingestellt, worum wir uns in Oesterreich als Linksopposition hätten gruppieren sollen! Wir mochten sagen, was wir wollten, das galt einen Pfifferling. Der Latrinen-Stoßbrigadier aber mochte lügen nach Belieben, das galt als heilig, unumstößlich. Wir bekamen seine «Berichte» nicht einmal zur Kenntnis, die Möglichkeit der Stellungnahme wurde uns bewußt unterbunden. Darum konnte sich seine Lügenmethode so lange behaupten, wie übrigens schon vor ihm und nach ihm. Der Latrinen-Stoßbrigadier hatte unbegrenztes Vertrauen, höchste Gunst und Unterstützung mit allen, wirklich allen Mitteln, er konnte intrigieren soviel er wollte, mochte es noch so lumpig sein, gut war's — wenn's nur gegen uns ging . . So hatte man schon vor dem Latrinen-Stoßbrigadier gegen uns «verwendet» die Landau & Co., Raissa Adler, die Straßer und nach ihm Stift. Die «Verwender» haben sich kalte Füße geholt und Riesenblamagen. Wir aber sind festen Fußes und marschieren, nicht auf dem Papier, nicht mit dem Mund, sondern wirklich. Ob diejenigen, die das angeht, aus all diesen Erfahrungen gelernt haben, ob sie weiterhin dem Gerede und Geschmiere aller möglichen Leute aufsitzen, ob sie weiterhin diese ebenso lächerlichen wie schädlichen und durchaus unehrlichen Methoden, die die Klärung wesentlich erschweren, anwenden oder endlich zu gesunden Methoden übergehen werden — die Zukunft wird es zeigen. An der Zeit wär es, nicht nur, damit ihnen weitere Riesenblamagen erspart bleiben, sondern vor allem im Interesse der linksoppositionellen Sache. Einstweilen schaut die Gegenwart allerdings so aus: die sich so oft schon blamiert, sind geschäftig daran, sich eine neue Blamage zu bereiten. Hinter den Kulissen versteckt, insgeheim hinter unserem Rücken, nach schäbiger Intragantenmethode kneten sie aus giftigen Abfallprodukten einen Teig, mit dem sie uns — versteht sich, auf dem Wege einer «Einigung» — zu vergiften, das heißt um die Ecke zu bringen hoffen. Wir sagen denen, die aus fernem Hinterhalt hier tückisch eine neue «Max- und Moritzgruppe» formieren, in aller Ruhe offen: Wir wollen mit giftigen Abfallprodukten nichts zu tun haben, gar nichts. Erspart Euch die Mühe. Wollt Ihr's aber nicht lassen, dann behaltet die neue Latrinen-Stoßbrigade gefälligst für Euch selbst. Sie wird dort enden, wo Euer Frank-Gräf geendet hat, in der Latrine.

Bezirksorganisation XII V. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII, Rosalagasse Nr. 11.

Bezirksorganisation XVI. Jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI, Hasnerstr. 50.

Bezirksorganisation XVIII. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal.

Bezirksorganisation XXI. Jeden Freitag abends: Gasthaus Mayerhofer, XXI, Bahnstiegasse 2.

Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller Eggenberg, Rochelgasse 52.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stiptschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «Slavia», Wien, VII.